Waldrappe legen Eier

Bodensee: Seltene Wildvögel sind zurückgekehrt.

Überlingen. Die Waldrappe am Bodensee erwarten Nachwuchs. In Überlingen seien die ersten Eier da, teilte Anne-Gabriela Schmalstieg vom sogenannten Waldrapp-Team mit. Der erwartete Nachwuchs sei anhand von Aktivitätsmustern der Paare zu erkennen gewesen. Es seien drei Brutpaare am See. Wie viele Küken nach ein paar Wochen schlüpfen werden, sei noch nicht klar. Zuvor hatte der "Südkurier" darüber berichtet.

Der Waldrapp (Geronticus eremita) ist Naturschutzverbänden zufolge einer der seltensten Vögel der Welt. Die Art brütet gerne in der Nähe von Gewässern an Felsklippen und Steilküsten. Die gänsegroßen Zugvögel lebten einst verbreitet im Alpen- und Mittelmeerraum. Dann wurden ihnen Vogeljäger zum Verhängnis.

Die Waldrappe am Bodensee gehören zu einer von mehreren Kolonien, die zu einem Auswilderungsprojekt im Alpenraum zählen, sagte Schmalstieg. Elf der dunklen Zugvögel mit den markanten schopfartigen Federn am Kopf und sichelförmigen Schnäbeln seien aktuell wieder am Bodensee. Es seien vor allem Männchen, nur drei Weibchen seien zurückgekehrt aus dem Winterquar-



Mehrere junge Waldrappe sitzen auf einer Wiese. RII D: FFI.IX KÄSTLE/DPA

Ex-Patient angeklagt

Mord-Verdacht: Vermutlich Rache als Motiv.

Offenburg. Rund drei Monate nach dem tödlichen Angriff auf eine Psychotherapeutin in Offenburg (Ortenaukreis) hat die Staatsanwaltschaft den tatverdächtigen Ex-Patienten wegen Mordes angeklagt. Dem 42-Jährigen, der die deutsche und französische Staatsangehörigkeit hat, droht eine lebenslange Freiheitsstrafe. Das Landgericht Öffenburg muss entscheiden, ob und wann es zu einem Prozess kommt. Bis dahin gilt die Unschuldsvermutung für den

Er soll am 11. Februar am späten Nachmittag die 37-Jährige in der Innenstadt mit mehr als 30 Messerstichen vorsätzlich getötet haben. Er habe sie für seine aus seiner Sicht unbefriedigende Lebenssituation verantwortlich gemacht und sich mit der Tat hierfür an ihr rächen wollen, teilte die Staatsanwaltschaft mit.

Opfer war zum Tatzeitpunkt schwanger

Sie sieht demnach das Mordmerkmal der Heimtücke als verwirklicht an, weil sich die Getötete im Moment der Tat keines Angriffs versehen habe. Zudem habe er aus niedrigen Beweggründen gehandelt.

Dass die Mutter eines kleinen Kindes schwanger war, wusste der Mann den Ermittlungen zufolge nicht. Daher hat die Staatsanwaltschaft den 42-Jährigen laut einem Sprecher nicht auch wegen Schwan-

gerschaftsabbruchs angeklagt. Nach früheren Angaben hatte die Frau bis 2023 in einer Einrichtung für psychisch kranke Personen gearbeitet. Der Tatverdächtige habe Aggressionen gegen sie entwickelt. Bei Behörden galt er als psychisch auffällig. Im Juni 2024 habe es eine Gefährder- und Gefährdetenansprache gegeben. Der Tatverdächtige sitzt seit seiner Festnahme im Februar in Untersuchungshaft.



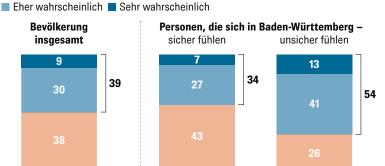
Panzer sieht man auf deutschen Autobahnen eher selten. Szenarien der Bundeswehr zufolge könnte sich das durchaus ändern.

Für den Ernstfall gewappnet?

Kriegsgefahr

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird? (Angaben in Prozent)

■ Unentschieden ■ Sehr unwahrscheinlich ■ Eher unwahrscheinlich



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6184/III; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

s sind deutliche Worte, die der

Kommandeur des Landes-

kommandos der Bundeswehr

in Baden-Württemberg, Mi-

chael Giss, immer wieder in den

Mund genommen hat. "Es muss je-

dem hier klar sein, dass wir in einem

Zielland eines Gegners leben", sagte

Veranstaltung im Landtag. Und: Er

sei sicher, dass manche Rakete in

Solche Szenarien schei-

nen in der breiten Bevölke-

rung erst langsam anzu-

kommen. So ist im aktuel-

len BaWü-Check abzule-

sen, dass neben wirtschaft-

lichen Sorgen um Inflation

und Gewalt zwar auch die

unberechenbare Lage in

frage beantworteten im April 1023

Menschen ab 18 Jahren Fragen rund

um Zivilschutz und Verteidigungs-

bereitschaft. Aber nur 44 Prozent

fürchten, dass Deutschland in mili-

tärische Konflikte hineingezogen

Giss zu, gibt es längst Vorboten da-

für: "Die hybride Angriffsphase

Russlands läuft, und das schon län-

nächste Schutzraum in ihrer Region befindet.

Hört man Landeskommandeur

13

Die hohe Inflation treibt die Menschen mehr um als die Kriegsgefahr. Das zeigt der BaWü-Check, die Umfrage des Allensbacher Instituts im Auftrag von Zeitungsverlagen in Baden-Württemberg. Dabei warnen Militärs

Von Annika Grah

längst vor den ersten

Vorboten.

Deutlicher Hoffnungsaufschwung

Jahren in einen Krieg verwickelt

wird. Der Rest ist unentschieden.

Dreiviertel der Menschen fühlen

sich sicher oder sehr sicher in Ba-

den-Württemberg. Gleichzeitig sind

nur 38 Prozent der Meinung, dass

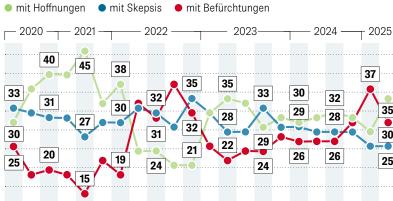
Baden-Württemberg gut oder sehr

gut auf Krisen- oder Katastrophen-

fälle vorbereitet ist. 51 Prozent sehen

das nicht so und der Rest ist unent-

Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?



Okt. Nov. Dez. Jan. Juli. Nov. Jan. Mär. Jun. Aug. Nov. Mär. Jun. Jul. Sept. Dez. Mär. Jun. Aug. Nov. Feb. Apr. Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6184/IV

ger", sagte er schon Anfang des Jahres. Damit sind die Drohnensichtunüber Militärgeländen in Deutschland gemeint, physische Ausspähversuche von Menschen, die sich so genannte kritische Infrastruktur anschauen, die zentral ist für die Energieversorgung in er erst vergangene Woche bei einer Deutschland, aber auch die steigende Zahl der Cyberangriffe auch auf Behörden, die das Innenministerium vermerkt. Erst jüngst wurde die

Kaliningrad Stuttgart in ihrem Zielcomputer habe. "Das ist hier ein loh-Webseite der Stadt Stuttgart Ziel einendes militärisches Ziel", sagt Giss ner Attacke – der Angriff wird einer mit Blick auf die hiesige Autoindust-Gruppe mit prorussischem Hintergrund zugeordnet.

Seit einigen Monaten ist BaWü-Giss deshalb unterwegs, um Check aufzurütteln. Wer ihm zuhört, bekommt ein ungefähres Bild davon, von welchen Szenarien die Bundeswehr ausgeht. Seit vergangenem Jahr gibt es einen sogenannte Operationsplan Europa eine Rolle spielt. In der Um-

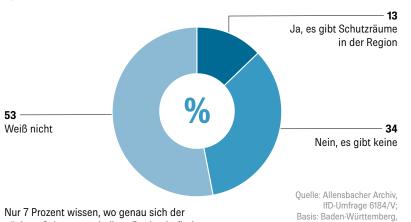
Deutschland, der regelt, wie Bundeswehr und zivile Behörden im Falle eines Angriffs zusammenarbeiten. Darin geht die Bundeswehr nicht davon aus, dass Deutschland - wie im Kalten Krieg – ein Frontstaat sein könnte. Vielmehr würden im Falle eines Angriffs auf die Ostflanke der Nato Truppen von hier aus unterstützt. In einer ersten Welle, skizzierte Giss jüngst bei einer Veranstaltung im Landtag, wären das 800 000 Sol-

Bevölkerung ab 18 Jahre

Geringer Wissensstand

werden könnte.

Wissen Sie das zufällig: Gibt es bei Ihnen in der Region öffentliche Schutzräume, in denen die Bevölkerung im Falle einer Katastrophe oder eines Krieges Schutz suchen



daten in zwei Monaten, die mit ihren Fahrzeugen durch Deutschland rollen würden. "Das wird in unser Alltagsleben massiv eingreifen", sagt er.

In der Landesregierung scheint das inzwischen zu verfangen. Anfang April organisierte Innenminister Thomas Strobl (CDU) eine Gesprächsrunde mit Landkreisen und Vertretern von Kommunen. "Wir müssen uns verteidigungsfähig machen", sagte Strobl. "Heute bereuen wir es schmerzlich, dass wir nach dem Ende des Kalten Krieges viele Strukturen der militärischen und der zivilen Verteidigung abgebaut haben."

Die tatsächliche Kriegsgefahr wird von vier von zehn Baden-Württembergern als wahrscheinlich oder eher wahrscheinlich erachtet. Knapp die Hälfte (47 Prozent) hält es für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten

Auf eine längere Krise ist die Mehrheit nicht vorbereitet

schieden.

Neun von zehn Baden-Württembergern halten es deshalb für essenziell, dass das Land Notfallpläne ausarbeitet, damit die Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall sichergestellt ist. Ungefähr ebenso viele finden wichtig, dass Polizei, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk besser ausgestattet werden oder dass Einsatzkräfte regelmäßig aus- und weitergebildet werden. 86 Prozent hätten gern, dass der Staat einen Medikamentenvorrat aufbaut, 75 Prozent finden, dass das Land auch einen Lebensmittelvorrat für die Bevölkerung aufbauen sollte. Zwei Drittel finden außerdem, dass der Staat mehr Schutzräume und Bunker schaffen sollte. Gleichzeitig wünschen sich 78 Prozent regelmäßige Notfallübungen von Behörden und Hilfsorganisationen. 73 könnten sich Katastrophenschutzübungen auch

am Arbeitsplatz und in Schulen vor-

Doch es ist nicht so, als ob sich die Bürger in punkto Krisenvorsorge nur auf den Staat verlassen würden: 58 Prozent der Befragten geben an, mit ihren Lebensmitteln im Notfall zehn Tage durchzukommen, etwas mehr als die Hälfte hat einen Vorrat an Medikamenten zuhause. Doch für eine längere Krise ist die Mehrheit der Menschen im Land nicht gewappnet. Einen Vorrat an Trinkwasser für zehn Tage, wie vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe empfohlen, haben nur 40 Prozent der Befragten da-

Geht es um die Frage, im Falle eines Angriffs das Land zu verteidigen, ist nur jeder Vierte bereit, selbst zur Waffe zu greifen. Ebenso viele sind unentschlossen, und 52 Prozent der Menschen wären nicht bereit, zu kämpfen. Ein Pflichtjahr oder die Reaktivierung der Wehrpflicht würden dreiviertel der Befragten begrüßen. 14 Prozent sind dagegen, acht Prozent unentschieden. Unter den 18- bis 29-Jährigen kommt eine solche Dienstpflicht weniger gut an. 60 Prozent wären für Wehrpflicht oder Dienstjahr - 27 Prozent sind dagegen und elf Prozent unentschieden. 60 Prozent aller Befragten im BaWü-Check finden, dass eine Wehrpflicht auch für Frauen gelten sollte.

BaWü-Check

■ Basis: Der BaWü-Check ist eine Umfrage von Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

Zeitraum: Von 16. bis 30. April 2025 wurden in Baden-Württemberg 1023 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen.

■ Fragebogen: Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Fragebogen mit 14 Fragen aus.

Hohes Sicherheitsgefühl

Wie sicher fühlen Sie sich alles in allem in Baden-Württemberg?

